

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

74. Sitzung des Bauausschusses (Sondersitzung)

Sitzungstermin:	Montag, 10.10.2022
Sitzungsbeginn:	16:04 Uhr
Sitzungsende:	19:29 Uhr
Sitzungsort:	Sitzungsraum der LPA, Einsiedelstraße 6, Gebäude 96, 23554 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Christopher Lötsch - CDU	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Vertretung für: Herrn Arne-Matz Ramcke, ab TOP 4.1 bis TOP 7.1
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	
Thomas Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
1. Stellvertr. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell - SPD	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Jan Ingwersen - CDU	Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz
Dalila Mecker - DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Sascha Luetkens Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Mara-Lena Zeplin - fraktionslos	Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Carsten Biehlig - FREIE WÄHLER & GAL	Vertretung für: Herrn Carl-Wilhelm Howe
Andrea Körnich-Krombholz - BfL	
Michael Matthies - Die Unabhängigen	
Holger Schöler - SPD	Vertretung für: Frau Elfi Rostkowski
Barbara Steffen - CDU	Vertretung für: Herrn Andreas Zander
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Verwaltung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Steffi Wolke-Eichenberg - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	
Katharina Belchhaus - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Heike Brons-Schnell - 5.651 - GMHL	Nur öffentlicher Teil
Jens Johannsen - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil

Alexander Matzka - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	ab TOP 6.4.3 bis Ende öffentlicher Teil
Ulrike Schölkopf - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Jan Bohnsack -	Bis TOP 6.4.3
Jörn Clasen -	Bis TOP 6.4.3
Marco Fibelkorn -	Bis TOP 6.4.3
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - fraktionslos	Abwesend
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Entschuldigt abwesend
Jochen Mauritz - CDU	Abwesend
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend
Andreas Zander - CDU	Abwesend
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Ulrich Brock - CDU	Abwesend
Carl-Wilhelm Howe - FREIE WÄHLER & GAL	Abwesend
Elfi Rostkowski - SPD	Abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.08.2022	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.09.2022	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2022	
2.4	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2022	
3	Beschlussvorlagen	
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-02
4.2	Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Kombi-Ladestationen für E-Autos und E-Räder/Pedelecs	VO/2022/11242
5	Berichte	
5.1	Umgestaltung der Tarifzone 6000	VO/2022/11063
5.1.1	AM Arne-Matz Ramcke & AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Antrag zu VO/2022/11063 Umgestaltung der Tarifzone 6000	VO/2022/11063-01
5.2	Geschwindigkeitsbegrenzungen vor Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Seniorenheimen	VO/2022/11083
5.3	Ergebnis der Organisationsüberprüfung für die Abteilung 5 Flächenmanagement des Bereiches Stadtgrün und Verkehr	VO/2022/11099
5.4	Gebäude der Bundesbank, Holstentorplatz 2-2a, 23552 Lübeck - Baufachliche Einschätzung zum baulichen Zustand, sowie zur avisierten Nutzung als Verwaltungsstandort für das GMHL und als Depot der Völkerkundesammlung	VO/2022/11409
5.5	Altstadtbrückenbericht und Bauprogramm bis 2037	VO/2022/11418
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.2	Neue Anfragen	

6.2.1	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sanierungsplanungen Gehwege an der Untertrave	VO/2022/11507
6.2.2	AM Sabine Haltern (SPD): Betrifft künftigen Bebauungsplan 32.26.00 - Helldahl / Leegerwall - Vorlage VO/2020/08787 Bürgerschaft 27.08.2020/ VO/2020/08787-030 Bauausschuss 01.03.2021	VO/2022/11546
6.2.3	AM Sabine Haltern (SPD): Bauantrag für das Campingplatzareal (DLRG Campingplatz) an der Mecklenburger Landstraße auf dem Priwall	VO/2022/11547
6.2.4	AM Carl Howe (GAL): Anfrage bezügl. Planung Steinrader Damm 80	VO/2022/11549
6.2.5	Anfrage AM Pluschkell (SPD): Verkehrsberuhigung im Quartier an der Obertrave	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung (5.610): Wettbewerb Beckergrube	
6.4.2	Mündliche Mitteilung (5.651): Sanierung Kalanderschule	
6.4.3	Mündliche Mitteilung (5.610): Entwicklungsmöglichkeiten des Gärtnerriegeländes TEEGE	
6.4.4	Mündliche Mitteilung (5.660): Verkehrsversuch Fackenburg Allee	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Bau eines Radweges - Willy Brandt Allee	VO/2022/11164
7.2	Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Ampelschaltung Kreuzung Fackenburg Allee/Werner-Kock-Straße	VO/2022/11188
7.3	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Teilnahme der Hansestadt Lübeck am Partnerprogramm DB Rad+	VO/2022/11300
7.4	AM Arne-Matz Ramcke BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Querungsmöglichkeiten für den Andersenring in Moisling	VO/2022/11401
7.4.1	Antrag AM Pluschkell (SPD) und AM Lötsch (CDU): Verkehrsberuhigung im Andersenring	
7.5	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verkehrsentlastung August-Bebel-Straße Ecke Andersenring	VO/2022/11402

7.6	AM Pluschkell (SPD) + Lötsch (CDU): Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-06
7.7	Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Installation von weiteren Trinwasserbrunnen	VO/2022/11504
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- TOP 5.1.1 AM Arne-Matz Ramcke & AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Antrag zu VO/2022/11063 Umgestaltung der Tarifzone 6000 (VO/2022/11063-01)
- TOP 6.2.2 AM Sabine Haltern (SPD): Betrifft künftigen Bebauungsplan 32.26.00 - Hell-dahl / Leegerwall - Vorlage VO/2020/08787 Bürgerschaft 27.08.2020/ VO/2020/08787-030 Bauausschuss 01.03.2021 (VO/2022/11546)
- TOP 6.2.3 AM Sabine Haltern (SPD): Bauantrag für das Campingplatzareal (DLRG Campingplatz) an der Mecklenburger Landstraße auf dem Priwall (VO/2022/11546)
- TOP 6.2.4 AM Carl Howe (GAL): Anfrage bezügl. Planung Steinrader Damm 80 (VO/2022/11547)
- TOP 6.2.5 Anfrage AM Pluschkell (SPD): Verkehrsberuhigung im Quartier an der Obertrave
- TOP 7.4.1 Antrag AM Pluschkell (SPD): Verkehrsberuhigung im Anderssenring

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Der Vorsitzende beantragt, TOP 4.1, TOP 4.2 und TOP 7.6 gemeinsam zu behandeln.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit, die gemeinsame Behandlung sowie die nicht-öffentliche Behandlung der hierfür jeweils vorgesehenen TOP.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.08.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.09.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2022

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 4.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-02**

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.1, TOP 4.2 und TOP 7.6 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Herr Lötsch sagt, dass seine Fraktion TOP 4.1 als erledigt ansehe, TOP 4.2 ablehnen und TOP 7.6 annehmen wolle.

Herr Vorkamp sagt, dass er die Vertagung des Antrags seiner Fraktion erwäge.

Frau Zeplin fragt, warum die CDU TOP 4.2 ablehnen wolle.

Herr Lötsch erklärt, dass die Notwendigkeit, Ladestationen für E-Fahrräder zu haben, eingeschränkt gesehen werde, da diese über gute Akkus verfügen und weniger Kilometer zurücklegen würden, und jeder die Möglichkeit habe, die Akkus zu Hause zu laden.

Herr Dr. Flasbarth betritt den Sitzungsraum.

Frau Zeplin möchte wissen, ob es sich um einen bedeutenden Mehraufwand handeln würde.

Herr Löttsch antwortet, dass es Bedarf an Ladestationen für E-Autos gebe und die Flächen, die dafür infrage kämen, nicht mit Fahrrädern zugestellt werden sollten.

Herr Pluschkell führt aus, dass die Frage seitens der Stadtwerke auch in der Vergangenheit bereits geprüft worden sei und dies ergeben hätte, dass aufgrund des Aufbaus der Infrastruktur und des geringen Ladevolumens die Kosten für die Ladestationen für E-Fahrräder so teuer wären, dass es keiner nutzen würde.

Herr Biehlig sagt, dass es sich gegebenenfalls dort lohnen könne, wo viele Fahrradfahrer auseinanderträfen, wie beispielsweise in der Innenstadt. Er sehe kein Hindernis, diese Frage zumindest zu prüfen.

Herr Löttsch sagt, dass gar nicht infrage gestellt werde, dass an zentraler Stelle Ladestationen sinnvoll sein könnten, aber der Antrag einen anderen Inhalt habe.

Herr Biehlig schlägt vor, dass der Antrag gegebenenfalls entsprechend ergänzt werden könne.

Herr Matthies stimmt den Ausführungen von Herrn Löttsch zu. Die meisten E-Fahrräder hätten auch herausnehmbare Akkus, die zum Laden mitgenommen werden könnten, außerdem hätten die verschiedenen Hersteller auch unterschiedliche Steckersysteme.

Herr Leber ergänzt, dass eine flächendeckende Einführung von Ladestationen für E-Fahrräder auch den Wegfall von Stellflächen für Fahrräder bedeuten könne und diese dann auf Wegflächen für Fußgänger abgestellt werden würden. An bestimmten Stellen könnten solche Ladestationen Sinn ergeben, aber diese müssten auch dafür geeignet sein.

Herr Löttsch fragt, ob die Fraktion B90/Die Grünen die Vertagung eines der TOP beantragen möchte, wie von Herrn Vorkamp erwogen.

Herr Dr. Flasbarth sagt, dass seine Fraktion über die Anträge abstimmen lassen wolle.

Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ab sofort bei einem Verkauf städtischer Grundstücke, auf denen Wohnbauvorhaben mit mehr als 4 Wohneinheiten realisiert werden bzw. bei der Aufstellung von Bauleitplänen für neue Wohnbau-, Mischgebiets- und Gewerbe-/ Industrie-flächen eine vertragliche Verpflichtung zur Errichtung von einer Ladesäule mit mindestens zwei Ladepunkten für Elektrofahrzeuge je 4 neue Wohneinheiten bzw. je 10 Betriebsmitarbeiter*innen zu gewährleisten.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, im Zuge des Verkehrsentwicklungsplans, im Teilgutachten Elektromobilitätskonzept den Bedarf der Ladeinfrastruktur auf den durch den Bund in Aussicht gestellten Ausbauzielen der Elektromobilität auszulegen. Dieses bedeutet für Lübeck ein aufgerundetes Ziel von 2.700 Ladepunkte bis 2030.

3. Auf Basis des beschlossenen Zieles von 300 Ladepunkten bis Anfang 2022 und 2.700 Ladepunkte bis 2030 ergibt sich bei linearem Hochlauf ein Ziel von 600 Ladepunkten bis Anfang 2023 und 900 bis Anfang 2024. Die Verwaltung wird beauftragt sicherzustellen, dass diese Zwischenziele erreicht werden. Dafür sind ggf. die vorhandenen Haushaltsmittel aufzustocken.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

zu 4.2 Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Kombi-Ladestationen für E-Autos und E-Räder/Pedelecs Vorlage: VO/2022/11242

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.1, TOP 4.2 und TOP 7.6 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP. Antrag:

1.)

Es wird geprüft, ob Ladestationen für E-Autos in Lübeck auch für E-Räder nutzbar umgerüstet werden können und welche Kosten hierdurch entstehen.

2.)

Die bestehende App, die anzeigt, welche Ladestationen es für Pkw gibt und welche gerade nutzbar sind, wird dahingehend weiterentwickelt, dass auch Ladestationen, ggf. Kombi-Stationen für E-Bikes und Pedelecs und freie Kapazitäten angezeigt werden.

3.)

Zukünftig werden alle (neuen) Ladestationen für E-Autos als Kombi-Ladestationen für E-Bikes/Pedelecs angeboten.

Hierbei soll die Möglichkeit bestehen, das E-Bike während der Ladezeit diebstahlsicher anzuschließen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

zu 5 Berichte

zu 5.1 Umgestaltung der Tarifzone 6000 Vorlage: VO/2022/11063

Herr Dr. Flasbarth erläutert seinen Antrag zu dem Bericht.

Herr Lötsch fragt, ob der Antrag durch den Bürgerschaftsbeschluss, die Kurzstrecken zu verlängern, nicht bereits hinfällig sei.

Herr Dr. Flasbarth entgegnet, dass dies für viele Leute das Problem nicht löse.

Herr Lötsch erklärt, dass mit der Verlängerung der Kurzstrecken und der Abschaffung der Preisstufe 3 bereits einiges gemacht worden sei.

Frau Zeplin sagt, dass es sich auch um eine sozialpolitische Frage handle, da sich nicht alle das Busfahren leisten könnten.

Herr Pluschkell führt aus, dass die Diskussion um die Gerechtigkeit der Preise bereits vor einem Jahr geführt worden sei. Die Preisstufe 2 sei jetzt fast die Einheitspreisstufe im Lübecker Stadtgebiet, in einigen Bereichen könne mit der Preisstufe 1 gefahren werden, daher sei der Auftrag an die Verwaltung erteilt worden, zu prüfen, wie die Tarifzone 6000 aufgeteilt werden könne. Der Bericht liege nun vor, aber zwischen seiner Fraktion und der CDU habe es noch keine Einigung geben können. Problematisch sei auch, dass die damalige Debatte durch das 9€-Ticket überlagert worden sei. Durch den Beschluss der Bürgerschaft sei es aber eigentlich bereits obsolet.

Frau Zeplin merkt an, dass die Preisstufe 3 abgeschafft worden wäre, die Preisstufe 2 aber auch teurer geworden sei.

Herr Dr. Flasbarth sagt, dass die Diskussion, wie das Ziel des 20%-Anteil am Modal Split der Verkehre erreicht werden könne, immer wieder aufkommen werde. Er würde sich dazu auch eine Aussage von der Verwaltung wünschen, wie diese diesen Anteil erreichen wolle. Es gehe ihm außerdem um die Gleichbehandlung, jemand der heute fünf Stationen fahre, würde genauso viel zahlen wie jemand, der aus Travemünde in die Innenstadt fahre. Daher solle jetzt auch eine Preissenkung für die Leute, die in der Innenstadt wohnen, erreicht werden.

Bericht:

Beschlusspunkt B 4 des interfraktionellen Antrags der Fraktionen CDU und SPD in der Bürgerschaft am 20.05.2021 (VO/2020/9616-09):

„Der Bürgermeister wird beauftragt der Lübecker Bürgerschaft bis Ende 2021 alternativer Vorschläge zu unterbreiten für die ersatzweise Aufteilung der Kernzone 6000 in kleinere stadtteilbezogene Tarifzonen mit der Preisstufe 1 und alternativ für die Weiterentwicklung des Kurzstreckentarifs. Ziel ist es die Tarifzone 6000 (Kernzone) zu ersetzen.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.1.1 AM Arne-Matz Ramcke & AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Antrag zu VO/2022/11063 Umgestaltung der Tarifzone 6000

Antrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert als Lösungsansatz die Variante C „Heutiger Preis der Preisstufe 1 in Zone 6000“ umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

**zu 5.2 Geschwindigkeitsbegrenzungen vor Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Seniorenheimen
Vorlage: VO/2022/11083**

Der Vorsitzende unterbricht um 16:34 Uhr die Sitzung.
Die Sitzung wird um 16:39 Uhr fortgeführt.

Herr Pluschkell dankt der Verwaltung für den Bericht, das Ergebnis zeige, dass bereits sehr umsichtig geplant werde.

Herr Dr. Flasbarth will sich dem Dank anschließen. Er möchte wissen, ob bei Straßen, bei denen eine Reduzierung der Geschwindigkeit nicht möglich sei und es sich um keine Vorfahrtstraße handle, dies auch daran liege, dass es keine Vorfahrtstraße sei.

Herr Johannsen antwortet, dass in den Nebenstraßen bereits in der Regel Tempo 30 angeordnet sei, ansonsten bitte er im Einzelfall um Mitteilung. Es handle sich bei der Liste immer um Einzelfallprüfungen, bei denen konkrete Gefährdungslagen geprüft werden würden.

Bericht:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bürgerschaft am 30.06.2016 (VO/2016/03638):

„Der Bürgermeister wird aufgefordert, zu prüfen, welche weiteren Geschwindigkeitsbegrenzungen (Tempo 30) insbesondere vor Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Seniorenheimen im Hinblick auf eine anstehende Änderung der Straßenverkehrsordnung möglich sind. Der Bürgerschaft sind Alternativen in der ersten Bürgerschaftssitzung zur Entscheidung vorzulegen, die auf das Inkrafttreten der durch die Bundesregierung angekündigten Änderungen folgt.“

Antrag der GAL-Fraktion in der Bürgerschaft am 29.06.2017 (VO/2017/05112):

„Der Bürgermeister möge den mit der Vorlage VO/2017/04999 gegebenen Bericht ergänzen um eine Auflistung der bisher geprüften 105 Einrichtungen mit kurzen Hinweisen auf die Ausschlussgründe der 102 Einrichtungen, die die Voraussetzungen nicht erfüllen.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Ergebnis der Organisationsüberprüfung für die Abteilung 5 Flächenmanagement des Bereiches Stadtgrün und Verkehr
Vorlage: VO/2022/11099**

Bericht:

Der Bereich 660 - Stadtgrün und Verkehr befindet sich in einem Veränderungsprozess. Durch die Neubesetzung der Bereichsleitung zum 01.01.2018, den Weggang mehrerer Abteilungsleitungen, die Neubesetzung dieser Stellen sowie Veränderungen auf der Ebene der Sachgebietsleitungen ergab sich die Chance, die bestehenden Strukturen des Bereiches grundlegend zu überprüfen. Damit soll der Bereich als Ganzes aufgabenbezogen und zukunftsfähig aufgestellt werden.

In der früheren Abteilung Flächenmanagement wurden verschiedenste pflichtige und freiwillige Aufgaben im Zusammenhang mit Grünflächen, Friedhöfen, Bäumen, Kinderspielplätzen, Sportstätten sowie Beleuchtung und Straßenbegleitgrün wahrgenommen. Allein durch die Vielzahl an unterschiedlichen Aufgaben, Mitarbeitenden und nicht eindeutigen Zuordnungen - sowohl strukturell als auch aufgabenbezogen - und schließlich durch die Vakanz der Leitung der Abteilung Flächenmanagement sollte der Weg einer durch einen Gutachter durchgeführten Organisationsüberprüfung beschritten werden.

Der Hauptausschuss hat mit Vorlage VO/2019/08037 der Beauftragung einer Organisationsüberprüfung für die Abteilung 5 – Flächenmanagement des Bereiches Stadtgrün und Verkehr zugestimmt. Die Ziele dieser Untersuchung waren die Durchführung einer Schwachstellenanalyse mit Bezug auf die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Bemessung des Personalbedarfes im Abgleich mit den pflichtigen und den freiwilligen Aufgaben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X

	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Gebäude der Bundesbank, Holstentorplatz 2-2a, 23552 Lübeck - Baufachliche Einschätzung zum baulichen Zustand, sowie zur avisierten Nutzung als Verwaltungsstandort für das GMHL und als Depot der Völkerkundesammlung
Vorlage: VO/2022/11409**

Herr Lötsch fragt, ob die Nutzbarkeit und die Sanierungskosten derzeit nur grob abgeschätzt werden könnten, da das Gebäude aus Sicherheitsgründen nicht begehbar sei und keine Grundrisse herausgegeben werden würden.

Frau Hagen antwortet, dass das GMHL einige Male vor Ort gewesen sei und auch weitere Begehungen geplant seien. Die Politik könne dazu eingeladen werden, sich bei dem nächsten Begehungstermin selber ein Bild zu machen.

Herr Lötsch sagt, dass er den Bericht erstmal als Zwischenbericht zur Kenntnis nehmen wolle.

Frau Hagen erklärt, dass es sich bei diesem Bericht eigentlich um einen erläuternden Bericht zum Haushalt handle, da im Haushalt 2023 Mittel für erste Maßnahmen enthalten seien.

Herr Matthies fragt, ob es definitiv feststehe, dass die angemieteten Räumlichkeiten in der Sandstraße und im Palais Rantzau aufgegeben werden würden, wenn der Ankauf erfolge, und ob der Tresor als Depotfläche ausreichend sei.

Frau Hagen verweist bezüglich der ersten Frage auf die Zwischenberichte zur Raumplanung, dazu sei letztmalig 2021 berichtet worden (VO/2021/09736). Demnächst solle eine aktualisierte Fassung des Berichts veröffentlicht werden. Die Fläche im Tresorraum sei bisher dazu genutzt worden, um Papiere zu lagern, was das empfindlichste Lagergut sei. Der Raum eigne sich in der Folge, um hochwertige Artefakte zu lagern und reiche auch flächenmäßig aus.

Herr Matthies sagt, dass geplant sei, dass sich der Kauf des Objektes durch die Nutzung innerhalb von 25-30 Jahren amortisiere, wenn diese Objekte abgestoßen werden würden, daher wolle er wissen, wie die Planung sei.

Frau Hagen antwortet, dass die Planung von den Rahmenbedingungen abhängig sei und dies gerade der aktuelle Sachstand sei.

Herr Ingwersen erkundigt sich, ob es nicht der eigentlichen Planung widerspreche, dass die Verwaltung innerhalb von ein bis drei Gebäudekomplexen untergebracht werden solle.

Frau Hagen entgegnet, dass überlegt werden müsse, die wie Zusammensetzung nach der von der Bürgerschaft beschlossenen Variante der Raumplanung aussehen müsse.

Herr Biehlig sagt, dass ein Wettbewerb durchgeführt werden solle, wenn das Gebäude aufgestockt werden solle.

Herr Lötsch erwidert, dass das Verfahren noch nicht so weit sei.

Herr Dr. Flasbarth möchte wissen, wie der Zeitrahmen aussehe.

Frau Hagen führt aus, dass dies maßgeblich von der Bundesbank bestimmt werde und anschließend der Bereich Liegenschaften die Kaufvorlage erstelle.

Herr Vorkamp weist darauf hin, dass das Foyer des Gebäudes früher ein öffentlichkeitswirksamer Raum gewesen sei. Er fragt, warum der Ausbau des Dachgeschosses nicht thematisiert worden sei.

Frau Brons-Schnell erklärt, dass es dort Probleme aufgrund der Dachneigung und der Belichtung gebe.

Herr Vorkamp fragt, ob es nicht möglich sei dort Fenster einzubauen.

Frau Brons-Schnell antwortet, dass es so konkret nicht mit der Denkmalpflege abgesprochen worden sei, aber auch nicht davon ausgegangen werde, dass die Denkmalpflege dies zulasse.

Herr Vorkamp regt an, in der Machbarkeitsstudie Fensteröffnungen nach Norden zu prüfen.

Bericht:

Die Bundesbank stellt ihren Betrieb voraussichtlich zum Ende des Jahres 2022 am Standort Holstentorplatz 2 - 2a ein. Nach Auszug und Rückbau der Sicherheits- und sonstigen besonderen Anlagentechnik plant die Hansestadt Lübeck das Gebäude zu erwerben und in einen Verwaltungs- und Depotstandort umzubauen. Das GMHL hatte den Auftrag im Rahmen einer Machbarkeitsstudie diese Überlegungen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Altstadtbrückenbericht und Bauprogramm bis 2037
Vorlage: VO/2022/11418**

Frau Hagen stellt Frau Schölkopf als neue Abteilungsleitung der Abteilung Brückenbau vor.

Herr Pluschkell fragt, wie geeignet für Schwerlasten die Dankwartsbrücke sei, zu dieser müsste es auch demnächst eine entsprechende Beschlussvorlage geben.

Frau Schölkopf weist auf die in der Vorlage aufgeführte Zeitplanung hin. Es könne allerdings vorkommen, dass sich in der konkreten Abstimmung für einzelne Maßnahmen noch Änderungen ergeben könnten.

Herr Lötsch bittet um Erklärung, warum bei einigen Brücken nicht bereits in kleinerem Rahmen nachgearbeitet werde.

Frau Schölkopf erläutert, dass dies gemacht werde, aber dies häufig nicht in der Öffentlichkeit wahrgenommen werde, wenn damit keine verkehrlichen Einschränkungen einhergehen. Schäden im Wasserbereich seien aber in der Regel nicht mit einem kleinen Eingriff behoben.

Herr Lötsch fügt an, dass teilweise das Gefühl entstehe, dass dadurch, dass nichts unternommen werde, ein unnötiges Risiko eingegangen werde.

Herr Leber sagt, dass er keine Hinweise darauf entdecken könne, dass Präventionsmaßnahmen durchgeführt werden würden. Es würden ständig Untersuchungen durchgeführt werden, und es müsse mehr präventiv vorgegangen werden.

Frau Schölkopf erwidert, dass es unzutreffend sei, dass die Verwaltung keine vorbeugenden Maßnahmen treffe, in der Vergangenheit seien viele Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt worden. Es gebe aber auch begrenzte Personalkapazitäten und bei Bauwerken wie der Mühlentorbrücke würden kleinere Maßnahmen, wie das Anbringen von etwas Korrosionsschutz, nichts bringen.

Frau Wulke-Eichenberg ergänzt, dass die Verwaltung durch die regelmäßigen Überprüfungen die Zustände der einzelnen Brücken kennen würde. Die Zustände seien auch ein Teil des Sanierungsstaus. Die Verwaltung wisse, was sie tun müsse, und habe auch das Ziel, das alles erreichbar bleibe.

Herr Leber fragt, ob sich im Erhalt der Brücken etwas geändert habe im Vergleich zu den vorigen Jahrzehnten.

Frau Schölkopf antwortet, dass die Verwaltung viele kleinere Aufträge erledigen könne und auch den Bauhof personell aufgestockt habe, was merklich dazu geführt habe, dass mehr Maßnahmen umgesetzt werden könnten.

Herr Lötsch fragt, warum an der Hüntertorbrücke bis 2026 nicht unternommen werden solle.

Frau Schölkopf erklärt, dass die Schäden aus der Gründung kommen würden. Die Mauer zu reparieren würde an dem Zustand der Gründung aber nichts ändern.

Frau Haltern erkundigt sich, ob die Software für das Verkehrsmanagement auch in der Lage sei, die Verkehrslenkung zu simulieren, nach der die Baustellen eingerichtet werden würden.

Frau Schölkopf entgegnet, dass die Informationen aus dem Brückenbericht bereits in das Programm eingepflegt seien. Je nachdem, wie weit die Planung seien, könnten die Daten mit der jeweiligen Planungstiefe hinterlegt werden.

Herr Leber möchte wissen, ob es in der Stadt auch Betonbrücken gebe, die mit Sensoren überwacht werden würden.

Frau Schölkopf berichtet, dass dies noch nicht der Fall sei, sie aber bereits Gespräche mit dem entsprechenden Startup geführt habe und der Nutzung grundsätzlich offen gegenüberstehe.

Herr Biehlig fragt, ob die Planungszeiträume verkürzt werden könnten.

Frau Schölkopf antwortet, dass die Planungszeiträume aufgrund der notwendigen Planungen, Beteiligungen, Untersuchungen und Nachrechnungen bereits recht sportlich seien.

Herr Biehlig sagt, dass dies aber für mehr Flexibilität sorgen würde.

Frau Schölkopf erläutert, dass eine Planung für die Schublade nicht bringe, wenn sie anschließend komplett überarbeitet werden müsse, da sich die Rahmenbedingungen geändert hätten.

Herr Biehlig merkt an, dass sich die Probleme kumulieren könnten, wenn etwas schief laufe.

Frau Wulke-Eichenberg fügt an, dass eine Brücke auch erneut überprüft werden müsste, wenn eine Maßnahme verschoben werde.

Die Vorsitzende beantragt den Schluss der Rednerliste.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Herr Leber bittet um Auskunft, ob für die Eisenbahnbrücken der Bund zuständig sei.

Frau Schölkopf erklärt, dass bei Eisenbahnbrücken die Zuständigkeit bei der DB Netz AG liege.

Herr Leber hakt nach, ob auf die DB Netz AG Einfluss genommen werden könne.

Frau Schölkopf sagt, dass dies nur begrenzt bis gar nicht möglich sei. Ihr sei aber auch nicht bekannt, dass in der Richtung irgendetwas geplant sei.

Herr Leber sagt, dass es um die Brücke in Genin gehe.

Frau Schölkopf antwortet, dass diese der Stadt gehöre.

Herr Leber fragt, ob über die Brücke, die durch die Possehlbrücke ersetzt worden sei, ein Radweg gezogen werden könne.

Frau Schölkopf sagt, dass sich dabei die Frage nach den Kosten und dem Nutzen stelle, und ob die Radbedingungen passen würden, was ihrer Meinung nach zu bezweifeln sei.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, TOP 6.4.1, TOP 6.4.2, TOP 6.4.3 und TOP 6.4.4 vorzuziehen.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Frau Belchhaus bittet darum, den TOP 6.4.1 zu verschieben, bis der dafür zuständige Mitarbeiter der Verwaltung anwesend ist.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Bericht:

- Information der politischen Gremien zum Zustand der Lübecker Altstadtbrücken und zum gesamtstädtischen Bauprogramm bis 2037
- Beantwortung der Anfrage von AM Christopher Lötsch (VO/2022/11226) aus der Bauausschusssitzung am 20.06.2022: Terminplanung Brückensanierung
 1. Wie ist der Ablauf bzw. die Terminplanung für die Brückensanierungen?
 2. Welche Brücken sollen wann (in den nächsten 15 Jahren) saniert werden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.1.1 Neubauten am Baggersand (Michael Matthies) – 5.610

TOP 6.2.6 am 20.06.2022 (VO/2022/11220)

In der Liste der Bauvoranfragen Nr. 11/2022 sind auf Blatt 2 unter den lfd. Nummern 12 - 15 die Ferienwohnungen aufgeführt, die am Baggersand 25 in Neubauten und der ehemaligen Werfthalle errichtet werden sollen.

Wenn man die Anzahl der Ferienwohnungen aller geplanten Bauten addiert, kommt man jetzt in Summe auf 109 Wohnungen.

In der Präsentation, die in der Sitzung am 20.09.2021 vorgestellt wurde und Grundlage für die Genehmigung des Bauausschusses bildete, war aber nur von 90 - 95 Wohnungen die Rede.

Fragen dazu:

- 1.) Warum ist die geplante Wohnungszahl um rund 15 - 20 % über der damals beantragten Größenordnung und wird die Verwaltung das genehmigen?
- 2.) Entspricht der umbaute Raum auf dem Gelände noch dem, der in der Entwurfsplanung vom 03.07.21 angegeben wurde?

Abschließende Antwort am 10.10.2022

- 1.) In der Sitzung des BA am 20.09.2021 wurde die Projektentwicklung „Wohnen auf der Werft“ sowie die Gesamtkubatur des Vorhabens mit einer geschätzten Wohneinheitenanzahl vorgestellt. In der Genehmigungsplanung wurden die Grundrisse angepasst und insgesamt 108 Ferienwohnungen genehmigt. Die Baugenehmigung wurde am 13.06.2022 erteilt.
- 2.) Das Gesamtbauvolumen entspricht nach überschlägiger Prüfung der vorgestellten Planung.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.2 Neue Anfragen

zu 6.2.1 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sanierungsplanungen Gehwege an der Untertrave Vorlage: VO/2022/11507
--

Anfrage:

Die Fußwege entlang der Untertrave sind teilweise in einem schlechten Zustand. Dies gilt insbesondere für das Teilstück direkt an der Trave, vom Holstentor bis zur MuK Brücke.

Die Verwaltung wird um die Beantwortung folgender Frage gebeten:

Ob und wann soll dieser Abschnitt gemäß der internen Prioritätenliste zur Sanierung der Geh- und Radwege saniert werden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.2 AM Sabine Haltern (SPD): Betrifft künftigen Bebauungsplan 32.26.00 - Helldahl / Leegerwall - Vorlage VO/2020/08787 Bürgerschaft 27.08.2020/ VO/2020/08787-030 Bauausschuss 01.03.2021
Vorlage: VO/2022/11546**

Anfrage:

Da mit der fachlichen Befassung und Bearbeitung der Bebauungsplanung Helldahl im Juni 2021 begonnen wurde (siehe Antwort vom 07.06.2021 zur Vorlage VO/2020/08787-030) nunmehr folgende Anfrage:

1. Wie ist der derzeitige Sachstand?
2. Wann bekommen wir einen Aufstellungsbeschluss zur Vorlage?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.3 AM Sabine Haltern (SPD): Bauantrag für das Campingplatzareal (DLRG Campingplatz) an der Mecklenburger Landstraße auf dem Priwall
Vorlage: VO/2022/11547**

Anfrage:

Wie aus der Presse zu entnehmen war, liegt der Bauverwaltung ein Bauantrag für das Areal des ehemaligen DLRG-Campingplatzes vor. Der Platz wird vom Verein „Neues Mitglieder Erholungsheim“ betrieben. Auf der Homepage des Unternehmens Jakob Durst GmbH & Cie aus Mönchengladbach wird bereits mit folgendem Wortlaut geworben: *In Travemünde entwickeln wir gemeinsam mit der zuständigen Behörde ein attraktives Baugebiet an der Ostseeküste bestehend aus 14 Doppelhaushälften und 2 Einfamilienhäusern.*

1. Liegt der Bauverwaltung ein Bauantrag vor?
2. Wie wurde von der Bauverwaltung bisher mit dem Unternehmen kommuniziert?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X

	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.4 AM Carl Howe (GAL): Anfrage bezügl. Planung Steinrader Damm 80
Vorlage: VO/2022/11549**

Anfrage:

Zur „Vorbereitung für den Bauausschuss“ verschickte der Bauausschussvorsitzende Christoph Lötsch (CDU) am 29.09.2022 an die Mitglieder des Bauausschusses ein Schreiben der Firma Marco Fibelkorn Baumanagement, vom 21.09.2022, mit der Absichtsbeschreibung, das Grundstück der Gärtnerei TEGE zeitnah einer Wohnnutzung zuzuführen und der Bitte, die Planung im Bauausschuss vorstellen zu dürfen. Die Gärtnerei würde zum Ende des Jahres den Betrieb einstellen. Eine detaillierte Planzeichnung wurde ebenfalls beigefügt.

Mit der durch o.g. Firma geplanten Bebauung würde aus unserer Sicht eine Frischluftschneise weiter geschlossen werden, weshalb vor einer Behandlung im Bauausschuss dringend eine Stellungnahme des Bereichs Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz einzuholen ist, um einer Beurteilung der bisherigen Planungen nicht ohne die Kenntnis wichtiger Aspekte vorzugreifen.

Frage:

1. Wurde der Bereich UNV über die Planung der Bebauung am Steinrader Damm 80 parallel zu den Ausschusssmitgliedern informiert und um fachliche Stellungnahme gebeten?
- Wenn nein, warum nicht?
2. Wie beurteilt der Bereich UNV die o.g. Planung einer Wohnbebauung auf dem Grundstück der Gärtnerei TEGE, Steinrader Damm 80?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.5 Anfrage AM Pluschkell (SPD): Verkehrsberuhigung im Quartier an der Obertrave

Anfrage:

In vielen Straßen der Lübecker Altstadt wird die Zufahrt für Kfz durch das Zeichen 250 (Verbot für Fahrzeuge aller Art) mit besonderen Ausnahmen geregelt (siehe Anlage). Darauf bezugnehmend frage ich wie folgt:

Welche Möglichkeiten gibt es, in der Lübecker Altstadt im südlichen Bereich der Obertrave (zwischen Marlesgrube und Kleiner Bauhof sowie zwischen den Straßen An der Obertrave und Großer Bauhof/Parade/Pferdemarkt) eine zu den Rippenstraße der Lübecker Altstadt vergleichbare Verkehrsregelung anzuordnen, um diesen Wohnbereich von touristischem Kfz-Verkehr und Parkplatzsuchverkehr freizuhalten?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.3 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

zu 6.4 **Sonstige Mitteilungen**

zu 6.4.1 **Mündliche Mitteilung (5.610): Wettbewerb Beckergrube**

Herr Matzka stellt das Ergebnis des Wettbewerbs zur Beckergrube anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor, und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.2 **Mündliche Mitteilung (5.651): Sanierung Kalanderschule**

Frau Brons-Schnell stellt das Thema vor und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.3 **Mündliche Mitteilung (5.610): Entwicklungsmöglichkeiten des Gärtneregeländes des TEEGE**

Herr Fibelkorn und Herr Bohnsack von Marco Fibelkorn Baumanagement sowie Herr Clasen von Prokom, die vom Bauausschuss Rederecht erhalten haben, stellen ihre Planung anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor, und beantworten Fragen aus der Politik.

Frau Belchhaus legt die Sicht der Verwaltung zu diesem Gebiet anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, dar, und beantwortet Fragen aus der Politik.

Frau Haltern bittet um eine aktuelle Übersicht der laufenden B-Planverfahren.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.4 Mündliche Mitteilung (5.660): Verkehrsversuch Fackenburger Allee

Herr Johannsen stellt den Zwischenstand zum Verkehrsversuch vor und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende ruft TOP 6.4.1 auf.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Bau eines Radweges - Willy Brandt Allee Vorlage: VO/2022/11164

Herr Vorkamp verlässt den Sitzungsraum.

Der Vorsitzende übernimmt den Antrag.

Herr Matthies sagt, dass sich ihm bei diesem Antrag zu viele Fragen stellen würden, beispielsweise wer der Eigentümer sei.

Herr Lötsch antwortet, dass es sich um eine städtische Fläche handle.

Frau Zeplin spricht sich gegen den Antrag aus, da es bereits zu viel Versiegelung gebe.

Antrag:

Betrifft: Willy-Brandt-Allee Richtung Innenstadt - Mündung der WB-Allee in die Straße „Marienbrücke“:

Radfahrende, die auf der Straße fahren, dürfen - wie Autofahrende – nicht links abbiegen; links neben dem Ende der Willy-Brandt-Allee fahren oft Radfahrende, hier ist jedoch Kopfsteinpflaster - **wir beantragen eine Asphaltierung dieses Weges.**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	X
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

**zu 7.2 Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Ampelschaltung Kreuzung Fackenburg Allee/Werner-Kock-Straße
Vorlage: VO/2022/11188**

Herr Vorkamp betritt wieder den Sitzungsraum.

Herr Dr. Flasbarth verlässt die Sitzung.

Der Vorsitzende übernimmt den Antrag. **Er ändert den Antrag dahingehend, dass die Verwaltung überprüfen soll, ob es eine sinnvolle Änderung wäre.**

Herr Matthies begrüßt den Änderungsantrag.

Antrag:

Die Verwaltung soll überprüfen, ob folgende Änderung sinnvoll wäre:

Mit dem Ziel einer verbesserten Verkehrssicherheit ist für Fußgehende und Radfahrende die Ampelschaltung an der Kreuzung Fackenburg Allee/Werner-Kock-Straße zu ändern (Übergang von Rossmann/Sparda-Bank zum ehemaligen Ford-Gelände).

1. Ampeln für Fuß- und Radverkehr gleichzeitig auf grün schalten
2. Ampel für Autos früher auf rot schalten

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt den geänderten Antrag einstimmig an.

**zu 7.3 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Teilnahme der Hansestadt Lübeck am Partnerprogramm DB Rad+
Vorlage: VO/2022/11300**

Herr Vorkamp übernimmt den Antrag.

Herr Lötsch fragt, welchen Vorteil es für Lübecker gebe, wenn die Stadt dort Mitglied wäre. Herr Vorkamp erklärt, dass Projekte der DB unterstützenswert seien und es nicht immer nur um den konkreten Vorteil gehen müsse. Derartige Programme würden eine Breitenwirkung entfalten.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass das Programm jährlich Mitgliedsgebühren kosten würde.

Herr Matthies sagt, dass es sich ihm nicht erschließe, warum Geld für etwas ausgegeben werden solle, was keinen Nutzen bringe.

Antrag:

Die Hansestadt Lübeck wird Mitglied im Partnerprogramm DB Rad+ der Deutschen Bahn. Bei DB Rad+ handelt es sich um ein Programm bei dem Fahrradfahrer:innen über eine App Kilometer sammeln und diese dann in Rabatte und Prämien bei lokalen Geschäften umwandeln können.

Bundesweit wird DB Rad+ bereits in 14 Städten genutzt (Ahrensburg, Bamberg, Coburg, Erlangen, Freising, Hamburg, Lindau, Regensburg, Renningen, Schweinfurt, Straubing, Unterhaching, Weilheim, Wiesbaden, (München in Planung)).

Mit knapp zwei Million erradelten Kilometern in allen Aktionsgebieten haben die Radfahrer:innen bis zum jetzigen Zeitpunkt etwa 280 Tonnen CO2 eingespart.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

zu 7.4	AM Arne-Matz Ramcke BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Querungsmöglichkeiten für den Andersenring in Moisling Vorlage: VO/2022/11401
---------------	---

Herr Vorkamp übernimmt den Antrag.

Herr Lötsch weist auf den Änderungsantrag unter TOP 7.4.1 hin, der abweichend vom Titel sowohl von CDU als auch SPD gestellt worden sei.

Herr Pluschkell ergänzt, dass der Antrag aufgrund eines technischen Problems nicht auf dem üblichen Weg habe eingereicht werden können. Er verliest den Antrag.

Herr Vorkamp sagt, dass ihm der Antrag unter TOP 7.4 zu global formuliert sei, es bestehe das Risiko bestehe, dass es lang dauere und viel Geld koste. Er ziehe den Antrag daher zurück.

Frau Mecker führt aus, dass sie die Veränderung der Radwege nicht für angebracht halte, auf der Straße zu fahren sei dort am sichersten.

Herr Lötsch antwortet, dass die Breite genau das Thema sei, da die Straße für die dortigen Verkehre überdimensioniert sei.

Herr Schöler erklärt, dass mit dem Antrag eine Verkehrsberuhigung erreicht werden könne, da der Andersenring teilweise einer Rennstrecke gleiche.

Frau Hagen sagt, dass die Verwaltung eine Ideenskizze vorbereite und diese dem Bauausschuss vorstellen werde.

Antrag:

Für die Querung des Andersenrings Höhe Wichern-Kirche / Bushaltestelle Ilsebillweg, als Verbindung der zwei abgehenden Fußwege nach Süden und Norden, ist die Einrichtung eines Zebrastreifens gewünscht.

Die Verwaltung wird aufgefordert eine Verkehrszählung in Hauptverkehrszeiten, verschiedener Tage durchzuführen und die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Zebrastreifens zu prüfen und diese Verkehrszählung dem Bauausschuss samt Vorschlag zum weiteren Verfahren mit dem Ziel eines Zebrastreifens vorzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wurde zurückgezogen.

zu 7.4.1 Antrag AM Pluschkell (SPD) und AM Lötsch (CDU): Verkehrsberuhigung im Andersenring

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Bauausschuss über Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Tempo-50-Bereich des Andersenrings zu berichten. Dazu gehören insbesondere die Einrichtung eines Fahrradwegs oder Radfahrstreifens, eine Neugestaltung des Straßenraums durch Baumpflanzungen und die Einrichtung von Fußgängerüberwegen an Orten von zentraler Bedeutung.

Für die Querung des Andersenrings in Höhe Wichern-Kirche / Bushaltestelle Ilsebillweg, als Verbindung der zwei abgehenden Fußwege nach Süden und Norden, ist die Einrichtung eines Zebrastreifens oder einer anderen fußgängerfreundlichen Regelung (Fußgängerampel, Verkehrsinsel) zu prüfen.

Begründung:

Politisches Ziel ist es, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, sicher die Straße überqueren zu können - egal welchen Alters und welcher körperlichen Konstitution. Darüber hinaus soll durch eine Neuorganisation des relativ großen Verkehrsraums umweltverträgliche Ver-

kehrarten gefördert und die Pflanzung von Alleebäumen das Mikroklima im Stadtteil verbessert werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**zu 7.5 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verkehrsentslastung August-Bebel-Straße Ecke Andersenring
Vorlage: VO/2022/11402**

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten sich einen Überblick über die Verkehrsbelastung in den Hauptverkehrszeiten in der August-Bebel-Straße / Andersenring und weiterführend bis zur Kreuzung Stecknitzstraße / Moisinger Berg zu machen und zu prüfen wie hier über Anpassung bei den Ampelschaltungen oder der Fahrspurmarkierungen Optimierung möglich sind und wie diese ausschauen können.

Hintergrund sind hier die Stauungen die sich bis auf die Gegenseite und weit in den Kreuzungsbereich hineinziehen und damit die Busspur und Wege für den Rettungsdienst zu stellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

**zu 7.6 AM Pluschkell (SPD) + Lötsch (CDU): Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-06**

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.1, TOP 4.2 und TOP 7.6 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Antrag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, die in der Vorlage VO/2022/10980 genannten Maßnahmen zur Ausweitung auf 475 Ladepunkte in der Hansestadt Lübeck bis 2023 umzusetzen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt aufzuzeigen,
 - a) welche baulichen und technischen Maßnahmen erforderlich sind, um die Ladepunkte im Stadtgebiet sowohl im öffentlichen Raum als auch privaten Grund massiv zu erhöhen und den „Masterplan Ladeinfrastruktur“ der Bundesregierung zu erfüllen
 - b) welche Kosten entstehen und welche Fördermöglichkeiten bestehen
 - c) wie bei einem massiven Ausbau der Ladeinfrastruktur die Energieversorgung gesichert werden und die Netzstabilität jederzeit gewährleistet werden kann

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich an.

**zu 7.7 Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Installation von weiteren Trinkwasserbrunnen
Vorlage: VO/2022/11504**

Herr Vorkamp übernimmt den Antrag. Er erklärt, dass es ausreiche, wenn die Verwaltung einen Bericht über einen Trinkwasserbrunnen in der Fußgängerzone vorlege.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass es dort bereits einen Trinkwasserbrunnen gebe.

Herr Vorkamp erkundigt sich, wo dieser stehe.

Frau Hagen sagt, dass sich dieser zwischen Niederegger und dem Douglas-Geschäft befindet und von den Stadtwerken betrieben werde. Sie habe generell ein Problem mit großen generellen Prüfaufträgen, die wolle lieber einen zielgerichteten Antrag.

Herr Lötsch schlägt vor, dass die Verwaltung stattdessen einige mögliche Standorte benennen könne.

Herr Vorkamp stimmt dem zu.

Herr Lötsch stellt fest, dass im Antrag von einem barrierearmen Zugang statt einem barrierefreien Zugang die Rede sei.

Herr Pluschkell erklärt, dass bei einem barrierefreien Zugang das Wasser durchgehend fließe, bei einem barrierearmen Zugang werde ein Knopf benötigt.

Herr Lötsch sagt, dass dies ebenfalls mit geprüft werden könne. Er fragt, ob sich auf den Standort Travemünde geeinigt werden könne.

Herr Vorkamp erklärt, dass dies für ihn in Ordnung sei.

Frau Haltern sagt, dass es gut an einem Standort wäre, an dem sich viele Leute aufhalten würden.

Frau Hagen sagt, dass man in Travemünde bereits bei der Tourismusinformation Wasser abfüllen könne. Sie regt an, dass die Verwaltung einen konkreten Standortvorschlag macht.

Der Antragsteller übernimmt die Änderungen.

Antrag:

Die Verwaltung unterbreitet dem Bauausschuss einen Vorschlag, an welchem Standort in der Stadt die Installation eines weiteren Trinkwasserbrunnen umsetzbar ist.

Dies insbesondere unter den Aspekten der technischen Umsetzbarkeit und des lokalen Bedarfs.

Zu berücksichtigen ist dabei besonders die gute Sichtbarkeit der Brunnen und ob die Umsetzung mit einem barrierearmen oder barrierefreien Zugang erfolgen kann.

Die Verwaltung wird gebeten die Kosten für Installation und Wartung des Trinkwasserbrunnens zu beziffern.

Zusätzlich möge die Verwaltung prüfen, inwieweit ungenutztes Wasser der Trinkbrunnen einer weiteren Nutzung (Bewässerung von Bäumen) zugeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Bauausschuss nimmt den geänderten Antrag einstimmig an.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:01 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 19:03 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird seitens der Verwaltung um die Teilnahme von Frau Wulke-Eichenberg (5.660) und Frau Belchhaus (5.610) gebeten.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 19:29 Uhr.

Lübeck, den 23. Dezember 2022

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Herr Wilk Wendorff
Protokollführung